



Torsten Albig

Konferenz der SPD Bundestagsfraktion am 24.10.2011 in Berlin
40 Jahre Städtebauförderung – Rettet die Soziale Stadt

Redebeitrag: Unsere Vision von einer sozialen, nachhaltigen Stadtpolitik

Anrede

Frank-Walter Steinmeier, Lukas Siebenkotten vom Mieterbund und Marion Schmitz-Stadtfeld haben uns wesentliche Impulse gegeben. In der vorangegangenen Diskussion haben wir den Politikentwurf der schwarz-gelben Koalition beleuchtet. Zahlen Daten und Fakten haben wir gehört und wissen, dass die Beschneidung der Städtebauförderung verheerende Konsequenzen haben wird.

Wir haben festgestellt, dass es einen Unterschied macht, ob man von der Not von Menschen eine abstrakte Vorstellung oder eine konkrete Anschauung hat. Ich habe als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel eine konkrete Anschauung in einem Kieler Stadtteil, welche Wirkungen wir mit einer Sozialen und nachhaltigen Stadtpolitik erreichen müssen.

Vor etwas mehr als 110 Jahren wurde das Dorf Gaarden nach Kiel eingemeindet. Dieser Kieler Stadtteil, am Ostufer der Kieler Förde gelegen, erlebte im Laufe des 20. Jahrhunderts ein beispielloses Auf und Ab. Die Werften machten Gaarden groß, und Krisen im Schiffbau – nach dem Ersten, dem Zweiten Weltkrieg und in der Neuzeit – sorgten auch immer wieder für den Abstieg. Die Krise hält bis heute an, denn der Schiffbau wird keine nachhaltigen Entwicklungsimpulse mehr in diesen

Stadtteil senden. Die Branche sucht, wenn überhaupt, ausgewählte Spezialisten und bietet kaum noch industrielle Massenarbeit. Das hat über die Jahre zu einem Verlust von mehreren tausend Arbeitsplätzen auf den Werften geführt. Und diese Zahl muss durchaus mit dem Faktor vier multipliziert werden, wenn wir verbundenes und assoziiertes Gewerbe betrachten.

Die Folgen der Werftenkrise prägen bis heute das Leben im Stadtteil:

- Langzeitarbeitslosigkeit und zurückgehende Beschäftigungsquote
- Kaufkraftverlust
- Fehlende neue Arbeitsplätze
- Erfahrungen der Ausgrenzung bei den Menschen im Stadtteil
- soziale Benachteiligungen durch Ausgrenzungen vom Arbeitsmarkt
- Investitionen in Wohnraummodernisierungen bleiben aus
- Der Stadtteil ist wegen sehr günstiger Mieten Anziehungspunkt für wirtschaftlich Benachteiligte
- Durch einen hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten hat der Stadtteil eine große Integrationsleistung zu erbringen
- Erwartungen über die weitere Auflösung von bisherigen sozialen Zusammenhängen lösen eine Abwanderung in bestimmten Quartieren des Stadtteils aus bzw. verstärken sie
- Neue Milieus entstehen, soziale Desintegration von Familien erfordern neue Konzepte von Einrichtungen und Diensten im Stadtteil
- Verfall von Wohnraum in einigen Straßenzügen durch mangelndes Engagement der Vermieter

So einen Stadtteil gibt es in jeder größeren Stadt. Die Lebensverhältnisse in diesen Quartieren beschreiben die Aufgabe die eine sozialdemokratische, soziale und nachhaltige Stadtpolitik annehmen muss. Da mag jeder einen großen und abstrakten Politikentwurf erwarten, ich hingegen will mich heute in die Niederungen dieser Arbeit begeben, um zu zeigen, wie vernetzt und auf unterschiedlichen Wegen vorgegangen werden muss:

Ich will beim Thema Lokale Ökonomie beginnen: Was mein Stadtteil Gaarden dringend braucht, ist Kaufkraft. Denn: Je mehr Menschen auf das soziokulturelle Existenzminimum angewiesen sind, desto weniger Geld für Konsum steht zur Verfügung. Der Einzelhandel erlebt erhebliche Umsatzeinbußen. Die Folge ist, dass immer mehr Discounter den Handel vor Ort dominieren. Das Besondere, das auch andere Menschen anziehen könnte verschwindet. Der Stadtteil bleibt unter sich. Daher ist das Thema Kaufkraft entscheidend, denn das zieht Gewerbetreibende an, die nicht nur für ein vielfältiges Waren- und Dienstleistungsangebot, sondern vor allem auch für Arbeitsplätze sorgen. Daher war die vor kurzem erfolgte Einrichtung eines Wirtschaftsbüros, das sich genau um diese Frage kümmert ein wichtiger Schritt und ist Stadtentwicklungs- und Wirtschaftspolitik. So können wir die sozialen und die wirtschaftlichen Eckpunkte zusammenführen. Wir müssen das wirtschaftliche Engagement aktivieren. Dieser Stadtteil muss für Handwerk, Handel und Gewerbe wieder attraktiver werden. Dann ist er für die ganze Stadt attraktiv. Arbeitsplätze können entstehen. Parallelwelten werden wieder aufgebrochen.

Wirtschaftliches Engagement ist ein Stichwort, das mich unmittelbar an einen der vielen Punkte der Diskussion sogenannter Brennpunkte führt, bei dem wir uns entscheiden müssen, ob das Glas halbvoll oder halbleer ist. Denn wer über meinen Stadtteil Gaarden spricht, der spricht auch über ein Gebiet, in dem überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund leben. Wer darin nur Probleme sieht, dem rate ich dringend, seine Sichtweise neu zu justieren. Denn Kielerinnen und Kieler mit Migrationshintergrund bringen natürlich Herausforderungen an die etablierte Gesellschaft. Aber gerade bei Ihnen finden wir immer öfter auch den vielzitierten Unternehmergeist, den wir bei anderen so oft

vermissen. Handwerker und Händler sind dabei genauso willkommen, wie der Falafelladen, in dem ich so gerne auch mal meine Mittagspause verbringe, oder der türkische Imbiss an der Ecke.

Diese Stadtteile, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben das Zeug dazu, wieder ein begehrter Einkaufs- und Wirtschaftsstandort zu werden. Es ist die Aufgabe einer sozialdemokratischen Politik der Zuwendung, diesen Orten in unseren Städten wieder Vertrauen in die Leistungskraft der Menschen zu geben und kräftig an ihrem Image zu arbeiten.

Damit komme ich zum nächsten Punkt: Wollen wir meinen Stadtteil Gaarden aufwerten, so müssen wir das Image gründlich korrigieren. Zur Wahrnehmung der Menschen gehören dabei nun einmal Sicherheit und Sauberkeit. Wenn sich zum Beispiel Menschen mit Suchtproblemen an der Bushaltestelle um die Ecke der Einkaufsstraße einrichten, dann entstehen Räume, in denen Menschen sich nicht mehr wohl fühlen; in denen Menschen Angst haben. Darunter leiden am genannten Ort diejenigen, die einen Bus nehmen oder im nahegelegenen Supermarkt einkaufen wollen. Auch Schülerinnen und Schüler der nahegelegenen Schule sollten nicht in konfliktreiche Situationen mit Suchtmittelkonsumenten auf ihrem Schulweg kommen.

Allzuhäufig reagieren wir Sozialdemokraten allein mit - unbestritten wichtigen und notwendigen – sozialen Projekten und Sozialpädagogen. Wir müssen aber auch viel stärker in diesen Quartieren das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Menschen beachten und dafür sorgen, dass die Stadtteile nicht den Stempel der Kriminalitätshochburg aufgedrückt bekommen. Darum strebe ich vor Ort mit der Polizei eine besondere

Sicherheitspartnerschaft an, damit Sicherheitsinteressen der Allgemeinheit und Nutzungsinteressen der beschriebenen Personengruppen in Einklang gebracht werden können.

Im Zweifel muss das heißen, dass die Ordnungsbehörde im Verbund mit der Polizei dafür sorgt, dass allgemein akzeptierte Regeln auch im Zentrum Gaardens eingehalten werden. Niemand wird vertrieben, aber auf die Angebote wie zum Beispiel den Trinkraum verwiesen. Zum ersten Mal haben wir eine Möglichkeit geschaffen, dass sich Trinker und andere Abhängige an einem geschützten Ort treffen können. Damit werden gleichzeitig die öffentlichen Plätze auch der Allgemeinheit wieder zugänglich gemacht werden. Aus meiner Sicht eine gute Ergänzung denn wer diese Einrichtungen partout nicht nutzen will und sich besonders auffällig und abweichend verhält, muss mit einem Platzverweis rechnen.

Die Herausforderungen in meinem Stadtteil Gaarden lassen sich aber nicht nur in der örtlichen Konzentration von Menschen in schwierigen Lebenslagen ablesen. Auch der Zustand einiger Häuser und Straßenzüge in einem ansonsten architektonisch hochattraktiven Umfeld lässt erkennen, dass einige Eigentümer ihren Wohnungsbestand ausschließlich ausbeuten, ohne in Sanierung und Instandhaltung zu investieren. Das führt zu sichtbarem Abstieg und Verfall. Neben stadtplanerischen Maßnahmen und Appellen prüfen wir derzeit, ob wir energetische Sanierungen fördern können.

Wir Städte zahlen erhebliche Summen über die sogenannten Unterkunftskosten des SGB II an die Vermieterinnen und Vermieter aus. Auch hier könnten wir Instrumente entwickeln, mit denen wir unmittelbar

auf die Entwicklung unserer Städte Einfluss nehmen können. So wäre es denkbar, bei energetisch sanierten Häusern einen Zuschlag zur Kaltmiete in Höhe der ersparten Heizkosten im Rahmen der Mietobergrenzen für Transferleistungsempfänger zu akzeptieren.

Eine solche Förderung wäre in mehrfacher Hinsicht wirkungsvoll: Vermieter können Investitionen in ihre Gebäude langfristig refinanzieren, sie liefert einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz, wir federn steigende Energiepreise ab, und wir geben Impulse für Handwerk und Beschäftigung. Auch gemeinsame Aktionen von Wohnungsbaugenossenschaft mit anderen Akteuren am Wohnungsmarkt könnten helfen, zum Beispiel durch den Erwerb verwaarloster Wohnhäuser die Situation für die Menschen zu verbessern. Wenn sich das Stadtbild positiv verändert, wird der Stadtteil auch als Wohnort wieder attraktiv.

Straßen und Plätze des Stadtteils müssen wir planerisch und in der Umsetzung in Orte verwandeln, die zur Begegnung einladen. Die Städte müssen dafür Sorge tragen können, dass sich ihre Stadtteile und Quartiere zu sozialen Städten entwickeln können. Daher ist es mehr als unverständlich, dass sich Bund und Länder aus der Mitverantwortung stehlen. Überhaupt nicht sinnvoll ist daher aus meiner Sicht, dass Bund und Land die Haushaltsmittel für Städtebauförderung und das Programm ab diesem Jahr erheblich gekürzt haben.

Dramatisch ist die Kürzung im Bereich des Programms „Soziale Stadt“. Sie ist so überhaupt nicht an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientiert. Ja, auch soziale Brennpunkte sind gesellschaftliche Realität!

Die Kürzung dieser Mittel nimmt da weg wo im Grunde mehr hingehört. Städte und Gemeinden gehören gestärkt und nicht weiter geschwächt.

Viele Städte in Schleswig-Holstein, viele Stadtteile haben in den vergangenen Jahren vom Programm „Soziale Stadt“ profitiert, profitieren auch heute noch davon: Elmshorn-Hainholz, Lübeck-Hudekamp, Lübeck-St. Lorenz, Flensburg-Neustadt sind nur einige Beispiele. Ich frage mich als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel in diesem Zusammenhang natürlich besonders: Wo wäre der Kieler Stadtteil Gaarden heute, wenn wir, wenn die Menschen in Gaarden nicht hätten von diesem Programm profitieren können? Durch das Programm „Soziale Stadt“ konnten wir die Lebensbedingungen, die Vernetzung bedeutend verbessern.

Ein weiterer Aspekt sozialer und nachhaltiger Stadtpolitik ist die Chance zur Teilhabe. Wer die Situation in einem Quartier nachhaltig verbessern möchte, wird das nur mit den Menschen erreichen. In einem so bunt gemischten Stadtteil wie mein Stadtteil Gaarden wird es deshalb darauf ankommen, den Zusammenhalt der Menschen dort vor Ort zu stärken. Die Menschen werden die Entwicklung ihres Lebensbereiches nur dann als gemeinsame Aufgabe erkennen, wenn sie die Lebenswirklichkeiten ihrer Mitmenschen auch wahrnehmen. Das gilt umso mehr für den besonders großen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zielen im Wesentlichen auf den Spracherwerb ab. Das ist gut aber bei weitem nicht ausreichend. Wir brauchen Antworten auf die Frage: Wie schaffen wir Integration und Teilhabe für Zuwanderinnen und Zuwanderer mit völlig unterschiedlicher Motivation und Herkunft?

Ich bin davon überzeugt: Kultur ist ein wichtiger Transmissionsriemen, der Beiträge leisten kann. Wer am kulturellen Leben teilhat, wird nicht nur geistig erbaut, sondern erhält auch Einblick in Sitten, Gebräuche und andere Wertvorstellungen. Darum setze ich mich dafür ein, dass Stadtgalerie, Theater, Oper und Volkshochschule Beiträge liefern diesen Prozess zu unterstützen. Dazu brauchen wir Präsentationen und Auftritte im Stadtteil. Wir dürfen nicht darauf warten, dass diese Menschen in die Tempel der Hochkultur kommen. Ich wünsche mir, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür sorgen, dass die Kultur vor Ort zu den Menschen kommt und sie einlädt aktiv zu werden und sich mit der Welt vor Ort auseinander zu setzen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Bildung. Wir kennen den Teufelskreis von Einkommensarmut, Bildungsarmut zur Kinderarmut. Wir wissen, wie wichtig es ist, den Jüngsten alle Chancen auf Bildung zu eröffnen. So können sie, auch wenn die Eltern nicht in dem Maße helfen, wie sie es sollten, den Teufelskreis von Armut und Ausgrenzung durchbrechen. Daher spielt die Versorgung der Kinder mit Krippen und KITA-Plätzen in meinem Stadtteil Gaarden eine herausragende Rolle. Dabei geht es zum einen um den Rechtsanspruch, zum anderen aber noch viel mehr um die Chancen benachteiligter Kinder. Denn der Bildungsprozess beginnt im frühkindlichen Alter. Kinder in Problemgebieten, die nicht bereits in diesem Alter erreicht werden, dürften es später umso schwerer haben. Die Weiterentwicklung unserer Schulen zum Lern- und Lebensort - mit Ganztagsbetreuung und Mittagessen und als erste Adresse für die Unterstützung von Familien - ist meine Vision von Bildungspolitik, die eng verzahnt werden muss mit einer sozialen und nachhaltigen Stadtpolitik.

Wer in den Städten etwas bewegen will, und das sind in der Republik viele, muss sich schnell den Vorwurf der Gentrifizierung gefallen lassen. Diese Vokabel bezeichnet die soziale Umstrukturierung innenstadtnaher Bereiche, die ärmliche Viertel schnell in Modellprojekte der Luxussanierung verwandelt. Das war, ist und wird nie unser Ziel sozialdemokratischer Politik sein. Gerade benachteiligte Familien und Einzelhaushalte brauchen die Hilfe des Staates. Die sollen sie auch in Zukunft erhalten. Doch wir wollen, dass mehr Menschen auf eigenen Füßen stehen können, dass wir Familien aus der Abwärtsspirale reißen, die Generation auf Generation in den Abgrund der Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen zieht.

Und dieser Abgrund kann tief sein. Etwa 100 Millionen Euro fließen pro Jahr von Bund, Land und Kommune an sozialen Transferleistungen auf das Kieler Ostufer. Gut die Hälfte davon landet allein in Gaarden. Allein dieser Wert macht umso deutlicher, dass es an der Zeit ist, unsere Hilfen, Fördermaßnahmen und Angebote kritisch zu überprüfen und sie neu auszurichten. Die Förderung muss ein neues Gesicht bekommen, damit wir nicht länger riesige Millionenbeiträge ausgeben, allein um Menschen zu alimentieren und soziale Fehlentwicklungen zu zementieren. Damit mich niemand missversteht: Hilfe ist heute und bleibt auch morgen notwendig! Wir wollen niemanden zurücklassen. Aber wir wollen mehr Menschen die Chance geben, ihr Schicksal auch wirtschaftlich wieder selbst zu bestimmen.

Anrede,

der Blick auf meinen Stadtteil in Gaarden macht deutlich, dass wir eine gesellschaftliche Mega-Aufgabe mit einer sozialen und nachhaltigen

Stadtpolitik beschreiben. Die Arbeit findet in den Kommunen statt. Daher ist es töricht und fahrlässig, die Städtebauförderprogramme zusammen zu streichen und die Kommunen allein zu lassen.

Die Städtebauförderung ist als gemeinsames Infrastrukturinstrument von Bund, Land und Kommunen unverzichtbar. Die Kürzung der Mittel von Seiten des Bundes ist nicht akzeptabel. Die erheblichen Kürzungen im Programm „Soziale Stadt“ nicht hinnehmbar. Dringend notwendige Zukunftsinvestitionen, die helfen, Stadtquartiere familien- und altengerecht umzubauen, werden durch die Kürzung komplett ausgebremst. Das ist Sparen an der falschen Stelle. Das „Einstampfen“ der Modellprojekte innerhalb der „Sozialen Stadt“ muss zurück genommen werden

Die Städtebauförderung ist ein wichtiges Instrument der Konjunkturbelebung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, denn 1 € Förderung löst 8 € Investition aus.

Zurzeit erfolgt Finanzierung so: 1/3 Bund, 1/3 Land, 1/3 Kommune. Tatsächlich ergibt sich für die Kommune aufgrund nicht förderfähiger Anteile eine Belastung von durchschnittlich etwa 40%. Die Kommunen tragen ohnehin die größte Last der Stadtentwicklung. Das Instrument muss daher flexibler gestaltet werden. Im Hinblick auf finanzielle Belastungen der Kommunen muss zugelassen werden, dass Dritte diesen Anteil übernehmen und die positiven Erfahrungen von ÖPP-Projekten auch hier umgesetzt werden können.

In meinem Stadtteil in Kiel Gaarden ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten unendlich viel passiert. Über kaum einem Gebiet der

Landeshauptstadt liegt ein so engmaschiges Netz an Hilfsangeboten, Initiativen, Einrichtungen und Vereinen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, Menschen zu helfen, denen es weniger gut geht. Und machen wir uns nichts vor: Hätte es diese Hilfen nicht gegeben, wäre die Situation erheblich schwieriger, als sie es heute ist.

Darum lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass diese Veränderungen auch künftig noch möglich sind.